

## REPLIK AUF DIE ABSAGE DER VERANSTALTUNG „DIE NEUE AVANTGARDE“

Als Erstunterzeichner\*innen des Offenen Briefs an das Theaterhaus Gessnerallee vom 24. Februar 2017 begrüßen wir die Absage des Podiums „Die neue Avantgarde“, da so verhindert wurde, dass der Verbreitung völkisch-nationalistischer, rassistischer und undemokratischer Positionen ein Podium in einer Kultureinrichtung geboten wird. Wir bedauern jedoch die angeführten Gründe und die sich daran zeigende mangelnde politische Reflexion der Veranstalter\*innen.

So bedarf es folgender Erläuterungen:

1.) In ihrer Pressemitteilung vom 07. März 2017 heißt es, die Gessnerallee Zürich sei weiterhin der Meinung, dass Veranstaltungen wie dieses Podium an einem Ort wie der Gessnerallee stattfinden können müssten, da der spezifische Rahmen des Theaters einen Raum bieten würde, in dem sich Vertreter\*innen verschiedener Positionen gegenüberstehen könnten.

Dabei war die geplante Besetzung des Podiums höchstens in äußerst beschränkter Weise divers: Migrantische, postmigrantische, linke, PoC's und feministische Gegenstimmen fehlten gänzlich. Wenn ausschließlich (neo-)liberalen bis rechtspopulistischen Stimmen Gehör verschafft wird, trägt dies zugleich zu einem Unterdrücken und Verstummen jener Stimmen bei, die rechten Ideologien zufolge als ‚minderwertig‘ klassifiziert werden. Zudem hatten die Veranstalter\*innen in ihrer inhaltlichen Setzung an keiner Stelle klargemacht, dass mit der Vorstellung, eine ‚neue Avantgarde‘ zu präsentieren, auch einem konkreten Kulturkampf von rechts in die Hände gespielt wird, der Störungen von missliebigen Theateraufführungen beinhaltet und dazu aufruft, die Theaterlandschaft von „linksliberalen Vielfaltsideologien“ zu befreien und zu Zwecken der „volkspädagogischen Nationalbildung“ umzubauen.

2.) Wir stimmen mit der Gessnerallee dahingehend überein, dass es sich beim Erstarken von Populismus und Autoritarismus sowie der Renaissance reaktionären Denkens um Phänomene handelt, die nicht ignoriert werden dürfen. Um jedoch produktive, vielstimmige und demokratische öffentliche Debatten führen zu können, gilt es zu beachten, dass die Auseinandersetzung mit diesen Inhalten nicht zu Verständnis und Affirmation derselben führen darf: Der Wunsch und das Bedürfnis die eigene (linke) ‚Filterbubble‘ zu verlassen, sollte nicht zur Ausweitung der rechten ‚Filterbubble‘ führen. Eine kritische Auseinandersetzung mit deren Inhalten besteht nicht in der Einladung ihrer Vertreter\*innen und der damit verbundenen Erhöhung von deren Reichweite vom (digitalen) Stammtisch ins Feuilleton bzw. in die Theaterhäuser. Dem erklärten Ziel neurechter Strömungen, schrittweise kulturelle Hegemonie zu erlangen, wäre mit der Durchführung der Veranstaltung in der geplanten Form ein noch größerer Dienst erwiesen worden, als dies bereits durch die Zusammensetzung des Podiums geschah.

3.) Die Absage der als Kompromiss während eines Treffens zwischen Kritiker\*innen und Initiator\*innen/Befürworter\*innen ausgehandelten Zusatzveranstaltung wird von den Verantwortlichen damit begründet, dass sich mittlerweile die Kritiker\*innen im feministischen Bündnis *Ohne Uns! – Ein*

*Publikum* organisiert und sich für einen Publikumsstreik beider Veranstaltungen ausgesprochen hätten, weshalb nicht mehr von einem konstruktiven Gespräch „beider Lager“ ausgegangen werden könne.

Abgesehen davon, dass ein Gespräch mit Vertreter\*innen reaktionärer Strömungen nur als destruktives Gespräch positiv verstanden werden kann, also eines, in dem es darum geht, die Mythen und die Propaganda der Rechten zu zerstören, bleibt vor allem festzuhalten, dass die von *Ohne uns!* formulierte Kritik nochmals in sachlicher und fundierter Form die grundlegenden Problematiken beider Veranstaltungen herausstellte. Als Handlungsempfehlung am Ende ihres Statements trat sie für ein „strategisches Desinteresse“ ein; seitens der hier organisierten Kritiker\*innen wurde also dezidiert *nicht* zu einer Verhinderung oder gewaltaffinen Störung der Veranstaltung aufgerufen.

4.) Der Schwerpunkt der Begründung der Absage der Hauptveranstaltung aber wird von den Verantwortlichen auf eine solche, dabei nicht konkret belegte Bedrohungssituation gelegt. Diffamierungen, persönliche Beleidigungen und Erpressungen haben auch unserer Meinung nach nichts im politischen Diskurs zu suchen. Wenn aber von „Angriffen und Drohungen“ gesprochen wird, sollten diese belegt werden, sonst bedient man sich mitunter der rhetorischen Muster des (angeblichen) politischen Gegners. Mit dieser postfaktischen Form eines Rechtfertigungsversuchs ohne Belege wurde die Selbstinszenierung der Rechten als permanente Opfer einer angeblich „linken Meinungsdictatur“ unterstützt und fortgeschrieben.

5.) Stattdessen hätten die Veranstalter\*innen versuchen können, der eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Dies ist bedauerlicherweise versäumt worden. Dadurch wurde der politische Schaden weiter vergrößert. Es bleibt festzustellen, dass die Gessnerallee derzeit wohl nicht der Ort ist, um der international erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Dennoch sollte die Debatte weitergehen. Dabei muss die von den Veranstalter\*innen ursprünglich gestellte Gretchenfrage umgedreht und an sie und alle sie unterstützenden Stimmen gestellt werden: Wie halten es die Liberalen mit dem Rechtspopulismus und der sogenannten Neuen Rechten? Heißt Schutz der Meinungsfreiheit, gewaltvollen, diskriminierenden und menschenverachtenden Positionen ein Podium einzuräumen? Das Konzept, das Vertreter\*innen der Neuen Rechten in die politische Diskussion einzubringen versuchen, ist die Legitimation dieser diskursiven Gewalt. Marc Jongens Rolle als AfD-Vordenker ist es, die diskriminierende Rede für ein kulturaffines Publikum akzeptabel zu machen. Im Gegenteil hierzu scheint uns jedoch folgender Gedanke legitim: Müssen rechtskräftige Urteile vorliegen, um rassistische, diskriminierende und gewaltvolle Rede erkennen und verurteilen zu können, oder kann es uns gelingen, die Voraussetzungen der Meinungsfreiheit in einem offenen gesellschaftlichen Prozess auszuhandeln? Es muss auch weiterhin möglich sein, Sprache, Strategien und „Metapolitiken“ der Neuen

Rechten als fundamentale Aushöhlung einer offenen Gesellschaft zu enttarnen, ohne selbst in die Narrative der Neuen Rechten verstrickt zu werden, als illiberale und intolerante Zensoren zu erscheinen.<sup>1</sup>

Viele Unterzeichner\*innen des Offenen Briefes, der innerhalb kürzester Zeit über 600 Unterstützer\*innen fand, sind dazu bereit öffentlich Diskussionen über Strategien im Umgang mit der Neuen Rechten führen oder tun dies bereits – allerdings unter anderen Vorzeichen. Die vielfältige und konstruktive Auseinandersetzung mit dem Podium in der Form zu diskreditieren, wie dies nun von Seiten der Verantwortlichen vorgenommen wurde, ist eine vollständige Verdrehung unseres Anliegens, der AfD keine Bühne zu bieten. Auch in Zukunft werden wir versuchen zu verhindern, dass Vertreter\*innen rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien und Vereinigungen in Theaterhäusern und anderen Kultureinrichtungen auftreten. Denn das nächste Podium mit Beteiligung von Rechtsaußen lässt leider nicht auf sich warten: So liegt für April bereits eine Einladung des AfD-Politikers Alexander Gauland ans Wiener Burgtheater vor, ebenjenes Haus, auf dessen Dach die rechtsextreme, vom Verfassungsschutz beobachtete „Identitäre Bewegung“ im letzten Jahr eine ihrer „ästhetischen Interventionen“ platziert hatte. Gauland hatte sich zuletzt – wie Marc Jongen – gegen den Parteiausschluss von Björn Höcke gestellt und heißt zudem die „Identitären“ nach eigener Aussage in der AfD willkommen.<sup>2</sup>

Unsere Forderung lautet daher nach wie vor: Keine Bühne der AfD!

Unsere Solidarität gilt allen, die sich in Zürich, Wien und anderswo der Verbreitung von undemokratischen, rassistischen, antisemitischen, verschwörungstheoretischen, homophoben und sexistischen Positionen entgegenstellen.

Die Erstunterzeichner\*innen des Offenen Briefs an die Gessnerallee vom 24. Februar 2017

---

<sup>1</sup> So widersprach Jongen Höckes rassistischen Ausfällen über das „Fortpflanzungsverhalten“ von Afrikaner\*innen nur insofern, als dessen biologistische Begründung „wissenschaftlich falsch“ sei, er aber in der Sache recht habe und sprach sich dezidiert dagegen aus, sich zu sehr gegen rechts abzugrenzen (Phoenix Interview Stuttgart, 5. AfD-Bundesparteitag 30.04.2016).

<sup>2</sup> So sagte Gauland 2016 in Bezug auf die Identitäre Bewegung: „Die können alle zu uns kommen.“, <http://www.taz.de/15345807/>, (abgerufen am 11. März 2017).